

# Information und Kommunikation in Kommunalverwaltungen

## Zusammenfassung einer empirischen Untersuchung in 50 Städten Nordrhein-Westfalens

*Stephan WILFORTH*

(Dipl.-Ing. Stephan Wilforth, Lehrstuhl Systemtheorie und Systemtechnik, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, D-44221 Dortmund;  
e-mail: wilforth@pop.uni-dortmund.de)

### 1 EINLEITUNG

Die Idee zu der hier dargestellten empirischen Untersuchung entstand durch eine Vielzahl von Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der kommunalen Planung. In diesem Band können jedoch nur die „Randbedingungen“ der Untersuchung dargestellt werden, die gewonnen Ergebnisse sind im Internet abrufbar. (siehe Kap. 3)

In den genannten Gesprächen, die oftmals im Rahmen von Veranstaltungen des Informationskreis für Raumplanung (IfR)<sup>1</sup> oder auf der CORP stattfanden, kristallisierten sich zwei wichtige Probleme der Information und Kommunikation in der täglichen Verwaltungsarbeit heraus: zum einen wurde bemängelt, dass nicht ausreichend über bestehende Daten informiert wird. Dies solle zum Teil daran liegen, dass es ein multikausales Interesse gibt, andere nicht mit Informationen über Daten auszustatten, die jemandem selbst zur Verfügung stehen. Zum anderen sieht ein traditionelles Verwaltungsgeschehen keine hinreichenden Instrumente vor, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Breite und Tiefe zu informieren. Hier wurde häufig ein Defizit an geeigneten Kommunikationsmöglichkeiten für diese Information genannt. Während dem erst genannten Grund sicherlich nicht mit den Mitteln moderner Informations- und Kommunikationsmedien begegnet werden kann, besteht bei dem zweiten Grund die Möglichkeit, mit Hilfe der IuK-Techniken Instrumente einzuführen, die eine effektive Informationsbereitstellung ermöglichen.

Zum anderen – und dies kann dem Umstand zugeschrieben werden, das es sich bei den Gesprächspartnern um EDV affine Personen handelte – wurden die technische Ausstattung und die verfügbaren elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten bemängelt. Diesbezüglich ist insbesondere zu prüfen, ob sich diese Bereitschaft zur Nutzung solcher technischer Möglichkeiten in einer empirischen Untersuchung der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen verifizieren lässt. Sicherlich – dies kann unabhängig von einer solchen Untersuchung festgestellt werden – sind die Möglichkeiten, die sich aus der Nutzung neuer IuK-Techniken ergeben, denen des traditionellen Verwaltungshandels zur Übermittlung und Bereitstellung von Informationen und Daten überlegen. Dies gilt insbesondere für die Archivierungs- und Recherchemöglichkeiten. Gleichsam muss, wie angedeutet, die Medienkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Bereitschaft zur Nutzung erfasst und in die weiteren Schritte / Strategien oder die Entwicklung neuer IuK-Formen in der Verwaltung eingearbeitet werden.<sup>2</sup>

Ziel der Forschungs- und Entwicklungsarbeit des Autors ist die Entwicklung und Zusammenfassung der methodischen Grundlagen für und Beschreibung der Anforderungen an ein verwaltungsinternes Informations- und Kommunikationssystem.

Dieses soll in den Kommunalverwaltungen mit dem Ziel eingeführt, bzw. eingesetzt werden können, die Informations- und Kommunikationsprozesse – unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Bauleitplanung und vor dem Hintergrund der laufenden Verwaltungsreformprozesse - zu strukturieren und unter Einbeziehung der technischen Möglichkeiten zu effektivieren.

Wissenschaftliches Ziel der Forschungsarbeit ist die Entwicklung und Zusammenfassung einer methodischen Grundlage für verwaltungsinterne Informations- und Kommunikationssysteme. Durch die Dokumentation kommt diese Methodensammlung den Kommunen indirekt zugute, da auf der Grundlage dieser Methoden sowie auf der Grundlage der zu dokumentierenden Anforderungen an ein solches System bestehende

---

<sup>1</sup> Der IfR ist der Berufsverband u.a. der Raumplanerinnen und Raumplaner.  
Weitere Informationen: [www.ifr-ev.de](http://www.ifr-ev.de)

<sup>2</sup> siehe auch: Wilforth, Stephan; Verwaltungsinterne Kommunikation / Kommunikations-Management und Management-Information; Aufsatz im Tagungsband (Band I) zum 4. Symposium " Computergestützte Raumplanung 1999 " (CORP '99), Hrsg. Manfred Schrenk, Wien, 1999

Systeme bewertet, evtl. angepasst sowie neue Lösungen anwendungsorientiert entwickelt werden können. So wird in 2000 auf der Grundlage dieser Methoden und Anforderungen ein Prototyp für den Schwerpunkt Stadtplanung entwickelt werden, anhand dessen in einer wissenschaftlichen Begleitung zwei weitere für die Kommunen wichtige Fragen untersucht werden können: zum einen die Frage der technischen und organisatorischen Einführung, zum anderen die der Einführung in den Arbeitsprozess bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Ergebnisse zu beiden Fragen werden den Kommunen Ende 2000 zur Verfügung stehen.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer mehrstufigen Untersuchung. Zunächst ist es wichtig, zu bestimmen, welche politisch administrativen Ziele, bzw. welche allgemeinen Ziele und Erwartungen die jeweilige Verwaltungsspitze mit der Einführung neuer IuK-Techniken verfolgt. [politisch / administrative Zielbeschreibung]

Weiterhin muss die gegenwärtige Ausgangssituation bestimmt werden. Diese umfasst sowohl die technische Ausstattung [technischer Entwicklungsstand], als auch die gegenwärtige Vorbildung, bzw. Einstellung zu neuen Medien bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. [Medienkompetenz]

Diese erste Untersuchung, die „Breiten-Untersuchung“, wurde von April bis Juli 1999 durchgeführt und wird hier in ihren "Randbedingungen" zusammenfassend dargestellt.

Nach dieser „Breiten-Untersuchung“, wird die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in einer „Tiefen-Untersuchung“ weitergeführt. Primär werden anhand einer zentralen Beispielstadt<sup>3</sup> die IuK-Strukturen und Prozesse aufgenommen und mit den Aufgabenverteilungs- und Organisationsplänen in Beziehung gesetzt. Es soll geprüft werden, inwieweit die Aufgabenverteilungs- und Organisationspläne hinreichend Anhaltspunkte für eine allgemeingültige Ableitungsvorschrift für die Beschreibung der IuK-Strukturen und Prozesse geben können. Die Ergebnisse sollen in Expertengesprächen diskutiert und verifiziert werden.

Zum anderen werden die, durch die Breiten-Untersuchung ermittelten, Verwaltungstypen dahingehend berücksichtigt, als dass für die Fragestellungen, die diese Verwaltungstypen beschreiben und für die weitere Entwicklung relevant sind, Beispielstädte bezüglich der entsprechend relevanten Indikatoren untersucht werden.

Aus den bis zu diesem Untersuchungszeitpunkt ermittelten Ergebnissen wird die Methodensammlung generiert, bzw. unter Hinzuziehung bekannter Methoden zusammengefügt. Gleichzeitig wird der Anforderungskatalog entwickelt. Soweit wie möglich werden diese Ergebnisse allgemeingültig gehalten. In den Punkten, in denen besondere Anforderungen der ermittelten Verwaltungstypen zu berücksichtigen sind, wird eine entsprechende Diversifizierung stattfinden.

Im Anschluss an die Gesamtuntersuchung wird für die zentrale Stadt aus der Tiefen-Untersuchung ein IuK-System als Prototyp (s.o.) entwickelt werden. Dies wird den Schwerpunkt der Stadtplanung, hier insbesondere das Daten-, Informations-, und Projektmanagement sowie Kommunikations- und Beteiligungsfragen (TöB's, Bürger), umfassen. In einer wissenschaftlichen Betreuung und Begleitung werden die technische Implementierung sowie Einführung in den Arbeitsprozess bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern studiert. Hieraus können wertvolle Hinweise für die Städte und Gemeinden gewonnen werden, die vor einer möglichen Einführung eines IuK-Systems stehen.

In diesem Aufsatz wird die Breiten-Untersuchung dargestellt. Eine Ergebnisübersicht nach Untersuchungsgruppen (Verwaltungsspitze, EDV-Verantwortliche, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) kann im Internet unter <http://www.sys.raumplanung.uni-dortmund.de/IuK/corp2000/> eingesehen werden. Zum

---

3 Als „Zentrale Beispielstadt“ wird eine Stadt aus der Grundgesamtheit der an der „Breiten-Untersuchung“ teilnehmenden Städte ausgewählt und angefragt, die in Bezug auf die Grundgesamtheit über möglichst wenig spezifische, d. h. besonders auffällige, Ausprägungen hinsichtlich der Kriterien „technische Ausstattung“ sowie „Medienkompetenz“ verfügt.

Abschluss findet die Exploration auf die Tiefen-Untersuchung statt, die die Ziele der Tiefen-Untersuchung und Auswahlkriterien für die Beispielstadt beschreibt.

Die Fragebögen, welche in der Breiten-Untersuchung Verwendung fanden, können unter <http://www.sys.raumplanung.uni-dortmund.de/IuK/corp2000/> abgefragt werden.

### 13 AUFBAU DER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG

Die hier beschriebene „Breiten-Untersuchung“ (s.o.) hat neben ihrer weitgehend deskriptiven Zielsetzung eine besondere Bedeutung für die Exploration der „Tiefen-Untersuchung“. Hierauf wird in Kapitel 4 noch näher eingegangen. Zunächst wird an dieser Stelle der formale Aufbau der Untersuchung dargestellt.

#### 13.1 Definition der Grundgesamtheit

Als Grundgesamtheit werden alle Städte in Nordrhein-Westfalen definiert, die 25.000 oder mehr Einwohner zählen. Beide Einschränkungen sind erläuterungsbedürftig:

Grundsätzlich kam eine Grenze nach Einwohnern in Betracht, da eine Untersuchung aller Städte und Gemeinden praktisch nicht durchführbar und für den Untersuchungsgegenstand nicht sinnvoll gewesen wäre. Die Grenze sollte über einer Einwohnerzahl liegen, bei der davon ausgegangen werden kann, dass eine Verwaltungsstruktur vorliegt, deren personelle und räumliche Ausdehnung nicht unerhebliche Informations- und Kommunikationsprozesse vermuten lässt.<sup>4</sup> Weiterhin sollte die Grenze mit allgemein anerkannten Grenzen korrespondieren. Die von der KGST aufgestellten Größenklassen stellen eine solche anerkannte Klassifizierung von Gemeinden dar. Innerhalb dieser kamen für die Abgrenzung in der Untersuchung zwei Werte in die nähere Auswahl: 10.000 und 25.000 Einwohner. In der Größenklasse GK 6 ( 10.000 - < 25.000 EW) sind sowohl Städte, als auch Gemeinden vertreten. Da bei Gemeinden davon ausgegangen wird, dass bei diesen keine Verwaltungsstruktur vorliegt, bei der die personelle und räumliche Ausdehnung nicht unerhebliche Informations- und Kommunikationsprozesse vermuten lässt, wurde diese Größenklasse nicht mit in die Untersuchung einbezogen.<sup>5</sup>

Die Einschränkung auf ein Bundesland wurde getroffen, da eine Untersuchung aller deutschen Städte = 25.000 Einwohner praktisch nicht durchführbar gewesen wäre. Die Wahl auf Städte des Landes Nordrhein-Westfalen beruht auf der Annahme, dass in Nordrhein-Westfalen sowohl stark verdichtete als auch ländliche Räume zu identifizieren sind, somit die untersuchten Städte für eine Analyse diesen Räumen zugeordnet werden können.

Die Grundgesamtheit nach Größenklassen stellt sich somit wie folgt dar:

Tab.1: Städte in NRW nach Größenklassen [GK]

GK 1 ( > 400.000 EW):	6
GK 2 ( 200.000 – < 400.000 EW):	10
GK 3 ( 100.000 – < 200.000 EW):	14
GK 4 ( 50.000 – < 100.000 EW):	44
GK 5 ( 25.000 – < 50.000 EW):	92
S	166

Quelle: Deutscher Städtetag, 1998,  
eigene Darstellung

#### 13.1.1 Rücklauf

Da eine avisierte Unterstützung des Deutschen Städtetages nicht formal ausgesprochen wurde und auch der

4 vgl.: Verwaltungsgliederungspläne der KGST; in: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) (Hrsg.); Verwaltungsorganisation der Gemeinden; Köln, 1979

5 vgl.: ebenda

Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund keine formelle Unterstützung aussprechen wollte, wurde auf die Reduzierung der Untersuchung - bezogen auf die zu beteiligenden Städte - auf eine Stichprobe verzichtet. Somit wurden alle 166 Städte zur Teilnahme angefragt. Der Rücklauf kann Tabelle 2 entnommen werden:

Tab. 2: Beteiligung der Städte

Größenklasse (nach KGST)	Anzahl der beteiligten Städte	Gesamtzahl der Städte	Prozent [%]
1	1	6	16,7%
2	0	10	0,0%
3	3	14	21,4%
4	14	44	31,8%
5	32	92	34,8%
S	50	166	30,1%

Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt kann der Rücklauf – besonders vor dem Hintergrund einer fehlenden formalen Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes – mit 30,1 % als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden. Den Städten, die sich beteiligt haben, gilt entsprechender Dank. In den Größenklassen GK1 bis GK3 ist dieser jedoch zu gering, um eine statistische Auswertung nach Größenklassen vornehmen zu können. Die Werte für diese Größenklassen werden in den entsprechenden Tabellen nur zur Information aufgeführt werden.

### 13.2 Untersuchung in den Städten

Entsprechend der Untersuchungsziele wurden in den Städten die Verwaltungsspitzen (politisch administrative Ziele), die EDV-Verantwortlichen (Beschreibung des technischen Stands) und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Medienkompetenz, aber auch IuK-Positionen) in die Untersuchung einbezogen.

Die Wahl der Untersuchungsmethode fiel auf die schriftliche Befragung. Da insgesamt 2076 Personen (siehe Tabelle 3) an der Untersuchung beteiligt werden sollten, konnte aus Gründen der Durchführbarkeit der Untersuchung keine andere Erhebungsform gewählt werden.

Die dazu verwendeten Fragebögen bestanden aus teils geschlossen, teils offenen Fragen. Die Fragebögen können unter angegebener Adresse im Internet eingesehen werden.

Größenklasse (nach KGST)	Anzahl der zu beteiligten Verwaltungsspitzen	Anzahl der zu beteiligten EDV-Verantwortlichen	Anzahl der zu beteiligten Mitarbeiter/-innen
1	6	6	(á 32) 192
2	10	10	(á 24) 240
3	14	14	(á 16) 224
4	44	44	(á 8) 352
5	92	92	(á 8) 736
S	166	166	1744

Tab. 3: Verteilung der Fragebögen

Quelle: eigene Darstellung

Während die Adressaten der Fragebögen zu „politisch administrativen Zielen“ und „Beschreibung des technischen Stands“ eindeutig waren, musste bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Stichprobe gewählt werden. Die Stichprobe wurde über demographische Parameter definiert. So wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst in männlich und weiblich sowie in vier Altersgruppen (bis

Jahrgang 1952, Jahrgang 1953 – 1962, Jahrgang 1962 – 1972 und ab Jahrgang 1973) aufgeteilt. Diese Einteilung ergab zunächst acht Fragebögen. Die Städte der Größenklasse 4 und 5 erhielten diese in einfacher, die der Größenklasse 3 in zweifacher, die der Größenklasse 2 in dreifacher und die der Größenklasse 1 in vierfacher Ausfertigung.

Die Verteilung der Fragebögen in den einzelnen Städten war durch eine Verteilungsvorschrift klar definiert: „Zunächst soll auf die jeweilige Gruppe, also z. B. weiblich, bis Jahrgang 1952, selektiert werden. Nun ist die (oder der) jeweils fünfte in alphabetischer Reihenfolge zu bestimmen. Ist diese Person einem Tätigkeitsbereich zuzuordnen, in dem überwiegend handwerkliche Tätigkeiten ausgeübt werden, wird die nächste Person in alphabetischer Reihenfolge ausgewählt, bis eine Person gefunden wurde, die nicht überwiegend handwerkliche Tätigkeiten ausübt. Für die weiteren Fragebögen je Gruppe soll dieses Verfahren ab der der jeweils ausgewählten Person folgenden Person wiederholt werden.“

Diese Verteilungsvorschrift dient dazu, die Auswahl der Probanden nicht von ihrer Affinität zur EDV, bzw. Informations- und Kommunikationssystemen abhängig zu machen.

### 13.2.1 Rücklauf

Die überwiegende Anzahl der sich beteiligenden Städte hat die ihr übersandten Fragebögen vollständig zurückgesendet. Nachfragen aus den Städten lassen den Rückschluss zu, dass die Verteilungsvorschrift für die Mitarbeiter/-innenfragebögen beachtet worden ist.

Eine Übersicht gibt Tabelle 4.

Tab. 4: Rücklauf der Fragebögen

Größenklasse (nach KGST)	Anzahl der beteiligten Verwaltungsspitzen	Anzahl der beteiligten EDV-Verantwortlichen	Anzahl der beteiligten Mitarbeiter/-innen
1	1	0	15
2	0	0	0
3	3	3	48
4	13	14	106
5	27	29	219
S	44	46	388

Quelle: Eigene Darstellung

### 13.3 Zusammenfassung

Die empirische Untersuchung hat trotz fehlender formaler Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes mit einer Rücklaufquote von 30,1 %, bezogen auf alle Städte, einen zufriedenstellenden Rücklauf erreicht. Die intensive Beteiligung der Städte aus den Größenklasse GK 4 und GK 5, zusammen 33,8 % bezogen auf die Gesamtzahl der Städte in diesen Größenklassen, lässt zuverlässige Rückschlüsse auf die Gesamtheit dieser Städte zu. Die mäßige Beteiligung der Städte der Größenklassen GK1 bis GK3 lässt nur eine qualitative, in den Auswertungstabellen nachrichtliche, Berücksichtigung zu.

Da allen Beteiligten eine hinreichende Anonymisierung zugesichert worden ist, werden aufgrund der geringen Beteiligung in den Größenklassen GK1 bis GK3 die Darstellung der Ergebnisse zusammengefasst. Andernfalls wäre ein Rückschluss auf Einzelne nicht auszuschließen.

## 14 ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG

Wie in der Einleitung bereits angekündigt, können die Ergebnisse wegen ihres Umfangs hier nicht detailliert beschrieben werden. Eine Reduzierung auf den angestrebten Umfang erscheint unzulässig.

Die vollständige Darstellung (23 Seiten) kann im Internet unter <http://www.corp.at> sowie unter <http://www.sys.raumplanung.uni-dortmund.de/IuK/corp2000/> abgerufen werden. Eine Zusammenfassung wird ebenfalls Gegenstand des Vortrags auf der CORP sein. Unter letztgenannter Adresse können weiterhin

die verwendeten Fragebögen eingesehen werden.

Auf den Ergebnissen der Breiten-Untersuchung beruht, wie in der Einleitung dargestellt, die Tiefen-Untersuchung. Detaillierte Informationen hierzu können ebenfalls unter letztgenannter URL abgefragt werden. In Kapitel 4 folgt eine kurze Beschreibung.

## **15 EXPLORATION DER TIEFEN-UNTERSUCHUNG**

### **15.1 Ziel der Tiefen-Untersuchung**

Die Tiefen-Untersuchung hat zum Ziel, die aus der hier beschriebenen Breiten-Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse anhand einer Beispielstadt zunächst vertiefend zu untersuchen. Dabei steht insbesondere der Informationsprozess innerhalb einer Kommunalverwaltung im Mittelpunkt. Die deutlich schlechten Aussagen darüber, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend informiert sind sowie die Aussage, dass Arbeiten häufig doppelt erledigt werden müssen, rechtfertigen diese Fokussierung. (vgl. Ergebnisse der Breiten-Untersuchung) Die Kommunikationsaspekte, bzw. Möglichkeiten zu ihrer Effektivierung, werden ebenfalls behandelt. Zweiter zentraler Untersuchungsgegenstand ist das Projekt- und Workflowmanagement.

Wie in der Einleitung dargelegt, wird sich die Tiefen-Untersuchung auf die mit räumlicher Planung befassten Verwaltungseinheiten konzentrieren. Dies betrifft insbesondere das Hauptziel der Tiefen-Untersuchung: die Entwicklung eines Prototypen zur Effektivierung der Informations- und Kommunikationsprozesse sowie der Entwicklung von Schnittstellen zu bewährten Workflowmanagementsystemen. Gerade die räumliche Planung ist durch einen wenig stringenten Verfahrensablauf gekennzeichnet. Hier wird ein System entwickelt werden müssen, welches diesem Umstand Rechnung trägt und ihn, bzw. die in ihm agierenden Akteure, unterstützen kann.

Die Tiefen-Untersuchung und Entwicklung des Prototypen stehen unter zwei kennzeichnenden Begriffen:

#### **ganzheitlicher Ansatz:**

Die Forschung und Entwicklung wird innerhalb der mit räumlicher Planung befassten Verwaltungseinheiten nicht den Ansatz verfolgen, einzelne Teilaspekte zu selektieren und für diese Lösungen zu entwickeln, sondern sieht den Prozess z. B. der Bauleitplanung als Ganzes und richtet die Entwicklung daran aus. Hierunter fallen ebenfalls Überlegungen, die mit einer späteren Selektionsmöglichkeit einzelner Inhalte für eine öffentliche Präsentation einher gehen.

#### **Perspektivenwechsel:**

Weiter wird die Forschung und Entwicklung nicht das bis heute technische Machbare ausreizen, wenn dadurch die Übersichtlichkeit, Handhabbarkeit und Ergonomie des zu entwickelnden Systems negativ beeinflusst werden. Technik soll intelligent und zum Wohle der Anwenderinnen und Anwender eingesetzt werden. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung die Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vordergrund stellen. Dieser Perspektivenwechsel kennzeichnet die gesamte Tiefen-Untersuchung.

### **15.2 Auswahlkriterien für die Beispielstadt**

Die für die Tiefen-Untersuchung auszuwählende Beispielstadt soll folgenden Kriterien genügen:

#### **15.2.1 Größe und Zonierung:**

Für das Kriterium Größe können aus der vorliegenden Untersuchung nur die Größenklassen GK 4 und GK 5 in die engere Auswahl kommen, wenn zwischen der Breiten- und der Tiefen-Untersuchung Querbezüge hergestellt werden sollen. Da die Städte der Größenklasse GK 4 mehr Erfahrungen mit der Intranetnutzung haben und häufiger den Einsatz von Informationsmanagement- und Workflowsystemen sowie die Verwaltungen größer sind, wird für das Kriterium Größe diese Größenklasse ausgewählt.

Bezüglich der Zonierung kann aus der Breiten-Untersuchung kein Kriterium gewählt werden, welches eine

Einschränkung schlüssig begründen würde. Jedoch ist bei der Auswahl aus den möglichen Städten darauf zu achten, dass die Beispielstadt bezogen auf die Zonierung keine Sonderrolle einnimmt.

### 15.2.2 Stand der Einführung Neuer Steuerungsmodelle:

Die Umsetzung in der Beispielstadt soll mindestens begonnen haben. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass mit zunehmender Größe einer Stadt der Fortschritt in der Einführung und Umsetzung neuer Steuerungsmodelle weiter vorangeschritten ist. Dieser Umstand lässt sich anhand der Merkmale Siedlungsräumlicher Grundstruktur<sup>6</sup> belegen. Demnach ist in Städten, die einer Ballungszone angehören, eine durchschnittliche weitere Entwicklung bei der Einführung Neuer Steuerungsmodelle zu beobachten, als in denen, die der Ballungsrandzone angehören. Bei diesen ist die Entwicklung wiederum stärker fortgeschritten, als bei denen, die Gebieten mit überwiegend ländlicher Raumstruktur zugeordnet sind. Somit wird die Zonierung in diesem Kriterium Berücksichtigung finden. (Vgl. Tab. 25)

Tab. 5: Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand NSM und Zonierung

		Einteilung in Zonen			Gesamt	
		Ballungszone	Ballungsrandzone	Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur		
Entwicklungsstand NSM	keinen, wird nicht diskutiert	Anzahl			2	
		% von Einteilung in Zonen			11,8%	
	Diskussion gerade begonnen	Anzahl			2	
		% von Einteilung in Zonen			11,8%	
	Konzeptionsphase	Anzahl		3	3	
		% von Einteilung in Zonen		16,7%	7,9%	
	Umsetzung in Pilotprojekten	Anzahl		4	4	
		% von Einteilung in Zonen		22,2%	10,5%	
Umsetzung in Verwaltung hat begonnen	Anzahl	1	8	7	16	
	% von Einteilung in Zonen	33,3%	44,4%	41,2%	42,1%	
Umsetzung in Verwaltung nahezu abgeschlossen	Anzahl	2	2	6	10	
	% von Einteilung in Zonen	66,7%	11,1%	35,3%	26,3%	
abgeschlossen, erste Erfahrungen	Anzahl		1		1	
	% von Einteilung in Zonen		5,6%		2,6%	
Gesamt		Anzahl	3	18	17	38
		% von Einteilung in Zonen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 5 fasst die 38 Nennungen zusammen, die auf die Frage zum Entwicklungsstand des NSM im Fragebogen der Verwaltungsspitze geantwortet haben.

Das Ergebnis stützt die Überlegungen, die zu den Kriterien Größe und Zonierung gemacht wurden.

### 15.2.3 Ausstattung mit PC's und Intranet:

Bei der Auswahl der Beispielstadt muss aus den Antworten der Städte mindestens abgeleitet werden können, dass in der Beispielstadt ein Interesse daran besteht, Arbeitsplätze mit PC's auszustatten und neue Informations- und Kommunikationssysteme einzusetzen. Eine Anfrage an eine Stadt, die diese Kriterien nicht erfüllt, kann entweder vergeblich sein, oder die Tiefen-Untersuchung setzt sich dem Risiko aus, gegen die Überzeugung der Verwaltungsspitze in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu arbeiten. Ein Intranet muss vorhanden sein. Erfahrungen mit diesem sind von Vorteil, hier sind insbesondere die Angaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Weitere Informationen zur Tiefen-Untersuchung findet der geneigte Leser unter <http://www.sys.raumplanung.uni-dortmund.de/IuK/corp2000/>.

<sup>6</sup> vgl.. LEP NRW

